

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 22. März 2011

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Umbruch in der arabischen Welt – Lage in Libyen.** Wir verurteilen das brutale Vorgehen des Gaddafi-Regimes gegen das libysche Volk und rufen die libysche Führung zu einer sofortigen Beendigung der Gewalt auf. In der vergangenen Woche hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 militärische Maßnahmen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung autorisiert. Die Resolution der Vereinten Nationen enthält darüber hinaus eine erneute Verschärfung der internationalen Sanktionen. Diese gilt es jetzt umzusetzen. Die politischen Ziele, die die Vereinten Nationen mit der Resolution 1973 verbinden, teilen wir ausdrücklich. Allerdings wird sich Deutschland nicht mit eigenen Soldaten an der Umsetzung des Mandats beteiligen und hat sich daher im Sicherheitsrat enthalten. Wir wollen aber der NATO zusätzliche Kapazitäten für den Einsatz in Afghanistan anbieten. Dies geschieht auch mit dem Ziel, unsere Verbündeten für ihren Einsatz in Libyen zu entlasten.

Am Mittwoch werden wir dazu in erster Lesung ein Mandat für den Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen in Afghanistan beraten, das bereits am Freitag zur Abstimmung gestellt werden soll. Mit dem Mandat wird die Beteiligung von 300 deutschen Soldaten an AWACS-Missionen zur Überwachung des afghanischen Luftraums möglich. Diese ist zur Regelung des in den vergangenen Jahren stark angestiegenen zivilen Luftverkehrs notwendig, aber auch zur Unterstützung von Operationen von ISAF-geführten Bodentruppen. Die Bundesregierung bleibt dabei, nicht mehr als 5.350 Soldaten in Afghanistan einzusetzen.

Die in den Mittelpunkt gerückte Umsetzung der Libyen-Resolution darf nicht vom Umbruch in der arabischen Welt ablenken. Wir unterstützen den demokratischen Wandel, der in Tunesien und Ägypten begonnen hat und auf weitere Länder der Region ausgreift. Stabile, prosperierende und freiheitliche Gesellschaften in unserer Nachbarschaft sind in unserem ureigensten Interesse. Ziel unserer Außenpolitik ist, die Gesellschaften auf ihrem Weg zu unterstützen. Mit unserem Antrag „Die arabische Welt – Region im Aufbruch, Partner im Wandel“ bringen wir dieses Anliegen zum Ausdruck. In Abstimmung mit unseren internationalen Partnern wollen wir die demokratischen Kräfte rasch, zielorientiert und partnerschaftlich fördern. Insbesondere die Europäische Nachbarschaftspolitik muss künftig stärker an der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ausgerichtet werden.

- **Sachsen-Anhalts Wähler honorieren Regierungsbilanz der CDU.** Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt ist die Union erneut klar stärkste politische Kraft geworden. Unter der Führung der CDU hat das Bundesland seit 2002 große Fortschritte gemacht. Insbesondere ist es der Union in den vergangenen Jahren mit einer an die individuellen Stärken Sachsen-Anhalts anknüpfenden Industriepolitik gelungen, eine außerordentliche wirtschaftliche Dynamik in diesem Bundesland zu erzeugen: Das Dreieck Halle, Anhalt-Bitterfeld, Leipzig gehört heute in Europa zu den führenden Standorten für die Chemie- und Solarindustrie. Die Arbeitslosenquote ist seit der Abwahl des letzten SPD-Ministerpräsidenten von 20,9 auf 13% gesunken und hat damit den niedrigsten Wert seit der Deutschen Einheit erreicht. Die Wählerinnen und Wähler in Sachsen-Anhalt wünschen sich die Fortsetzung dieses erfolgreichen Kurses. Sie wollen Berechenbarkeit und nicht die Rückkehr zu einer rot-rot-grünen oder rot-roten Politik, die ihr Bundesland in den 1990er Jahren auf den letzten Platz in ganz Deutschland zurückgeworfen hatte. Wir erwarten nun von der SPD, dass sie sich zur Verantwortung für das Land Sachsen-Anhalt und damit zur Fortsetzung der großen Koalition bekennt.
- **Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor entscheidender Wahl.** Nach Sachsen-Anhalt stehen an diesem Sonntag auch Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz vor Richtungsentscheidungen. Baden-Württemberg ist heute

Spitze bei Bildung und Forschung. Es hat die niedrigste Arbeitslosigkeit, die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit und solide Finanzen. Doch Wohlstand fällt nicht vom Himmel: Am 27. März geht es deshalb um die Frage, ob das Land mit Ministerpräsident Stefan Mappus seinen Erfolgskurs fortsetzen kann oder mit rot-grünen und rot-rot-grünen Experimenten absteigt. Denn seine Spitzenposition wird Baden-Württemberg weder mit der Einheitsschule noch mit einer grünen Wirtschaftspolitik behaupten, die aufgrund alter Feindbilder mit der Automobilindustrie eine Branche schrumpfen will, die gerade in Baden-Württemberg maßgeblich zum Wohlstand der Menschen beigetragen hat.

Wie Baden-Württemberg mit seinen Erfolgen macht die SPD in Rheinland-Pfalz mit Rekordverschuldung, Unterrichtsausfall und Skandalen von sich reden. Nach 16 Jahren regiert der SPD-Ministerpräsident das Bundesland, als sei es sein persönliches Eigentum. In Rheinland-Pfalz kämpfen wir deshalb für einen frischen politischen Neuanfang mit einer Ministerpräsidentin Julia Klöckner.

- **Schritte zu einer leistungsfähigeren Bundeswehr.** In dieser Woche werden wir die Aussetzung der Wehrpflicht beschließen. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang soll die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen. Zur Überbrückung personeller Engpässe wird es künftig möglich sein, Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz zu zahlen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht gehen wir einen ersten substantiellen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird. In den kommenden Monaten werden mit dem Umbau des Ministeriums und der Festlegung künftiger Standorte weitere Schritte folgen.

Die Aussetzung der Wehrpflicht führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Sie wollen wir als Chance nutzen, um mit der Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot zu schaffen, unser Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu en-

gagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern. Parallel zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes unterstützen wir die Länder beim Ausbau der heute schon bestehenden Jugendfreiwilligendienste und fördern das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) sowie das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) noch intensiver. Die unterschiedlichen Konzepte und Formate der Freiwilligendienste sollen für die Freiwilligen gleich attraktiv sein.

II. Die Woche im Parlament

- In dieser Woche wählen wir einen **neuen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages**. Als Nachfolger für Gerda Hasselfeldt hat die CSU-Landesgruppe Eduard Oswald benannt.
- In dieser Woche wird die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung **zum Europäischen Rat am 24./25. März 2011** in Brüssel abgeben. Im Mittelpunkt des Europäischen Rates steht die Verabschiedung der Gesamtstrategie zur Stabilisierung der Eurozone, welche seit Monaten die Tagesordnung der europäischen Gipfeltreffen dominiert.
- In erster und in abschließender Lesung wollen wir in dieser Woche den Antrag der Bundesregierung zur **Beteiligung deutscher Streitkräfte am Einsatz von NATO-AWACS im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force, ISAF) in Afghanistan unter Führung der NATO** beraten und verabschieden.
- Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Wehrrechtsänderungsgesetz 2011 – WehrRÄndG 2011** wird im Zuge der Neuordnung die Allgemeine Wehrpflicht künftig ausgesetzt. Zugleich wird der freiwillige zusätzliche Wehrdienst fortentwickelt.

- Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes** verabschieden. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Für eine Stärkung der Jugendfreiwilligendienste – Bürgerschaftliches Engagement der jungen Generation anerkennen und fördern** begrüßen wir die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes und setzen uns zugleich für die Förderung aller Freiwilligen im Freiwilligen Sozialen Jahr und Freiwilligen Ökologischen Jahr ein.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Erste Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – Verhinderung von Missbrauch der Arbeitnehmerüberlassung** zur Verabschiedung an. Mit Einführung einer gesetzlichen Regelung (sogenannte Drehtürklausel) soll verhindert werden, dass Arbeitnehmer entlassen oder nicht weiter beschäftigt werden und anschließend unmittelbar oder nach kurzer Zeit als Zeitarbeitskräfte zu schlechteren Arbeitsbedingungen als die Arbeitnehmer des Entleihers wieder in ihrem ehemaligen Unternehmen oder einem anderen Unternehmen desselben Konzerns eingesetzt werden. Ihre Schlechterstellung und damit der missbräuchliche Einsatz der Arbeitnehmerüberlassung soll künftig dadurch verhindert werden, dass vom Gleichstellungsgrundsatz abweichende Regelungen in Tarifverträgen für sie keine Anwendung finden können. Daneben setzt der Entwurf die Richtlinie 2008/104/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Leiharbeit (Leiharbeitsrichtlinie) um.
- In erster Lesung beraten wir das **Steuervereinfachungsgesetz 2011**, mit dem das Besteuerungsverfahren vereinfacht und weiter modernisiert wird. Steuerzahler und Steuerverwaltung werden von Erklärungs-, Prüf- und Verwaltungsaufwand entlastet. Dem dienen u.a. die Anhebung des jährlichen Arbeitnehmer-Pauschbetrags von 920 Euro auf 1.000 € und die Eröffnung der Möglichkeit zur gleichzeitigen Abgabe von Einkommensteuererklärungen für zwei Jahre. Die gesetzlichen Neuregelungen sind im Verbund mit ebenso wichtigen nichtgesetzlichen Maßnahmen zu sehen, mit denen Bund und Länder gemeinsam Weichenstellungen vorgenommen haben, um den Aufwand bei der Erfüllung der steuerlichen Pflichten für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen zu senken.

- Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Die arabische Welt – Region im Aufbruch, Partner im Wandel** erklären wir unsere Unterstützung für den demokratischen Wandel in der arabischen Welt und begrüßen das bisherige Engagement der Bundesregierung.
- Ziel des in erster Lesung zur Beratung anstehenden **Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze** ist die Vermeidung und bessere Bekämpfung von Krankenhausinfektionen. Dazu soll u.a. beim Robert-Koch-Institut eine Kommission Antiinfektiva, Resistenzen und Therapie eingerichtet werden, die Ärzten Empfehlungen für einen sachgerechten Einsatz von Antibiotika gibt. Empfehlungen zur Krankenhaushygiene und Infektionsprävention sollen insgesamt eine größere Verbindlichkeit erhalten. Krankenhausleiter werden zukünftig explizit zur Einhaltung der Infektionshygiene und der Präventionsmaßnahmen nach dem Stand der Wissenschaft verpflichtet. Zudem werden die Länder ermächtigt und verpflichtet, für alle relevanten Einrichtungen des Gesundheitswesens entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen.
- Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Tourismus und Landschaftspflege verknüpfen – Gemeinsam die Entwicklung ländlicher Räume stärken** zielt auf eine engere Zusammenarbeit von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus ab. Nicht nur die großen Städte, sondern auch die ländlichen und strukturschwachen Räume sollen sich durch zusätzliche wirtschaftliche Impulse aus dem Tourismus weiter entwickeln. Mit einer besseren Verknüpfung von Tourismus und Landschaftspflege sollen Deutschlands ländliche Räume gestärkt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die attraktive Vielfalt unserer Kulturlandschaften zu sichern.
- In zweiter und dritter Lesung steht das **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-IV-Umsetzungsgesetz – OGAW-IV-UmsG)** zur Verabschiedung an. Mit diesem wird das deutsche Investmentgesetz an die in der EU geltenden Harmonisierungsvorgaben angepasst. Ziel ist es, die Effizienz des Investmentfondsgeschäfts zu erhöhen und attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu bieten. Gleichzeitig soll für den Schutz der Anleger ein einheitlich

hoher Standard geschaffen werden. Das Gesetz entwickelt hierzu den Aufsichts- und Regulierungsrahmen unter Anpassung an die geänderten europäischen Vorgaben fort und leistet damit einen Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes im Investmentfondsbereich.

- Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur Verabschiedung anstehenden **Gesetz zur Auflösung und Abwicklung der Anstalt Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft und der Anstalt Absatzförderungsfonds der deutschen Forst- und Holzwirtschaft** werden in Umsetzung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Anstalten Absatzfonds und Holzabsatzfonds aufgelöst und abgewickelt. Mögliche Restmittel sollen in ein bereits vorhandenes Zweckvermögen des Bundes bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank einfließen.
- Das in erster Lesung zur Beratung anstehende **Gesetz über die Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union** dient der Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates vom 18. Dezember 2006. Dieser basiert auf dem Grundsatz, Strafverfolgungsbehörden eines anderen Mitgliedstaates unter den gleichen Bedingungen Zugang zu vorhandenen Informationen zu gewähren wie innerstaatlichen Strafverfolgungsbehörden. Die Umsetzung erfolgt durch Änderung des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, des Bundeskriminalamtgesetzes, des Bundespolizeigesetzes, des Zollfahndungsdienstgesetzes, des Zollverwaltungsgesetzes, des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung und der Abgabenordnung.

III. Daten und Fakten

- **Baden-Württemberg schiebt Deutschlands Wirtschaft nach vorne.** Mit einem derzeit geschätzten Wirtschaftswachstum von fast 5% ist im Vergleich aller Länder die Wirtschaft Baden-Württembergs im vergangenen Jahr am stärksten gewachsen. Für das erste Quartal 2011 erwartet das Statistische Landesamt sogar einen Anstieg von 5,5% gegenüber dem Vorjahr. Erneut profitiert das

Land dabei von der Stärke seiner Industrie. So haben die Exporte dank der weltwirtschaftlichen Erholung fast wieder den Anschluss an die Rekordwerte vor der Wirtschaftskrise gefunden. Der Wert der baden-württembergischen Ausfuhren stieg gegenüber 2009 um fast 25 Prozent auf rund 154 Mrd €. Wachstumstreiber bei den Industriebranchen war vor allem der im Land besonders wichtige Fahrzeugbau.

(Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg)

- **Unterrichtsausfall summiert sich im Laufe der Schulzeit auf ein Jahr.** In Rheinland-Pfalz betrug der Unterrichtsausfall im Schuljahr 2008/2009 durchschnittlich 3,9%. Gegenüber der 1999 ermittelten Quote von 4,2 % war dies zwar ein geringfügiger Rückgang. Doch rechnet man externe Lehrkräfte, etwa aus der Feuerwehr oder anderen gesellschaftlichen Gruppen, heraus, so beläuft sich der **Unterrichtsausfall** auf 5,7%. Damit fallen über drei Wochen Unterricht in einem Schuljahr pro Schüler aus. Bis zum Ende der Schulzeit bedeutet das ein komplettes Jahr ausgefallener Unterricht – und damit auch fehlende Kenntnisse eines ganzen Jahres.

(Quelle: Rechnungshof Rheinland-Pfalz, Jahresbericht 2011)

- **Verpflichtende Deutsch- und Integrationskurse werden positiv bewertet.** Laut einer repräsentativen Umfrage der Meinungsforschungsinstitute Info GmbH und Liljeberg Research International sind 95% der Türken in Deutschland der Meinung, dass alle türkischstämmigen Kinder vor der Schule eine Kindertagesstätte besuchen müssen, damit sie schon bei Schulbeginn gute Deutschkenntnisse aufweisen können. 91% der Befragten sind überzeugt, dass die Kinder von klein auf Deutsch lernen müssen, und 77% stimmen einem verpflichtenden zusätzlichen Deutschunterricht ab Schulbeginn mit mehreren Wochenstunden zu. Auch verpflichtende Deutsch- und Integrationskurse für Migranten ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden von mehr als drei Vierteln positiv bewertet, 74% halten diese auch für nützlich. Insgesamt haben 15% der Türken in Deutschland an einem solchen Integrationskurs teilgenommen, von den seit weniger als zehn Jahren in Deutschland lebenden sogar 60%. Die eigenen Sprachkenntnisse beurteilten insgesamt 46% als sehr gut oder eher gut, von

den unter 30-Jährigen 74%. Gleichwohl sprechen nur 8% zu Hause überwiegend Deutsch, 30% meinen, besser Deutsch als Türkisch zu sprechen. Fast alle der Befragten gaben an, Deutsch erst in Deutschland gelernt zu haben, vornehmlich von Freunden und Bekannten (35%), ohne jegliche Unterstützung (25%) oder aber über den Besuch von Sprachkursen (24%). Bloß 22% gaben an, ihre Deutschkenntnisse der Schule zu verdanken und nur 5% meinen, diese in einer Kindertagesstätte oder Vorschule erlangt zu haben.

(Quelle: Info GmbH und Liljeberg Research International)